

# **Starke Marktwirtschaft, freie Bürgergesellschaft, friedliches Europa**

## **Ansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags Dr. Matthias Rößler zur Konferenz „Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa“ am 23. Mai 2023 in Prag**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Miloš Vystrčil,  
verehrte Herren Vizepräsidenten,  
verehrter Herr Minister, lieber Marian Jurečka,  
verehrte Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps,  
sehr geehrte Abgeordnete des Senats, des Deutschen Bundestages  
und des Sächsischen Landtags,  
liebe Kuratorinnen und Kuratoren des Forums Mitteleuropa,  
meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

es ist mir eine außerordentliche Freude und Ehre, Sie hier in Prag,  
im wunderschönen Palais Waldstein willkommen zu heißen.

Verehrter Präsident Vystrčil, haben Sie vielen herzlichen Dank für  
die Möglichkeit, als Forum Mitteleuropa erneut hier tagen zu  
können. Schon 2013, vor genau 10 Jahren, durften wir uns in  
diesem beeindruckenden Saal über Mitteleuropa als unsere  
gemeinsame Heimat austauschen. Ich habe bereits damals zum  
Ausdruck gebracht, wie sehr mich das mit Stolz und Zuversicht  
erfüllt, an so einem prominenten Ort, wo der Herzschlag  
Mitteleuropas regelrecht zu spüren ist, so viele interessierte  
Menschen begrüßen zu können.

Verehrte Damen und Herren, dass eine Initiative wie das Forum Mitteleuropa von Sachsen ausgeht, das hat historische Gründe ebenso wie aktuelle. Sachsen hat immer zu Mitteleuropa gehört und über Jahrhunderte hinweg den mitteleuropäischen Raum mitgeprägt – politisch, wirtschaftlich, kulturell.

Nach der langen Zeit zweier Diktaturen kehrte der Freistaat Sachsen 1990 in die Geschichte, in die Demokratie zurück. Es war zugleich eine Rückkehr nach Mitteleuropa. Mit den anderen Ländern Mitteleuropas verbindet uns der Freiheitskampf im Jahr 1989, als sich die Völker im Herzen unseres Kontinents selbst aus der Unterdrückung befreiten. Genauer gesagt war es das Aufbegehren der unterdrückten Bürger, um mit dem Jahrhundertpolitiker Václav Havel zu sprechen.

Wir wissen sehr gut, was in den Ländern Mitteleuropas seit 1990 aus eigener Kraft, aber auch mithilfe europäischer Solidarität geschaffen wurde. Dem gebührt unsere höchste Anerkennung. Wir pflegen heute ein enges und freundschaftliches Verhältnis zu unseren Nachbarn. Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die tagtäglich daran arbeiten, dass das friedliche Miteinander im freien Europa der einzige für uns überhaupt noch denkbare Weg ist.

„Die Zeit der Konfrontation muss ein für alle Mal zu Ende gehen, und eine Zeit der Kooperation muss beginnen.“<sup>1</sup> Das forderte Václav Havel 1995 im Hinblick auf die deutsch-tschechische Nachbarschaft.

---

<sup>1</sup> Rede des Präsidenten der Tschechischen Republik Václav Havel „Tschechen und Deutsche auf dem Weg zu einer guten Nachbarschaft“ am 17. Februar 1995 im Karolinum zu Prag

Ich denke, wir sind hier mittlerweile weiter, als wir es je waren. Und wir tun es unter dem Dach eines gemeinsamen Ganzen.

Dieses gemeinsame Ganze, meine Damen und Herren, kann für uns nur das vereinte Europa sein. Die einstigen Ziele der mitteleuropäischen Bürgerbewegungen – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind dabei unser Weg im 21. Jahrhundert.

Lassen Sie mich bitte bei dieser Gelegenheit noch einmal Václav Havel zitieren. Im Gespräch mit Jiří Gruša, einem der Gründungskuratoren des Forums Mitteleuropa, formulierte er 2005 seine Botschaft für Europa: „Europa muss sich bewusstmachen, dass es eine der Integration dienende Vereinigung ist, die sich auf in Jahrtausenden herausgebildete Werte und Prinzipien stützt. Es ist nötig, zu diesen Werten zurückzukehren und sich zu vergegenwärtigen, dass es vor allem auf sie ankommt und nicht auf irgendwelche kurzfristigen Kalkulationen.“

Umso mehr freue ich mich, verehrter Präsident Vystrčil, dass wir einige dieser Gedanken in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten haben. Eine klare Selbstvergewisserung, was unsere Demokratien ausmacht, was freie Gesellschaften antreibt und was sie von innen wie von außen bedroht, eine solche Selbstvergewisserung braucht es in Zeiten wie diesen.

Meine Damen und Herren, im November 2021 tagten wir als Forum Mitteleuropa weiter im Osten – in Wien. Mein Freund Wolfgang Sobotka sah damals schon die Bruchlinien, die mit den 24. Februar

2022 offen zutage traten und die uns vielleicht noch Jahrzehnte beschäftigen werden. Allen voran die Konfrontation der Machtblöcke China und USA verbunden mit der Frage, wo sich Europa hier in Zukunft sieht und wie es besonders in strategisch wichtigen Bereichen – nehmen Sie etwa den EU Chips Act – eine größere Unabhängigkeit von unberechenbaren Autokratien erreichen kann.

Übrigens: Dass solches Handeln vor unserer Haustür beginnt, konnten wir vergangene Woche in Dresden erleben. Dort unterzeichneten der tschechische Premierminister Petr Fiala und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer ein „Memorandum über die Zusammenarbeit bei der Durchführung von Projekten von strategischer Bedeutung“. Im Zentrum steht die industrielle Kooperation in den Bereichen Rohstoff- und Energiewirtschaft, insbesondere bei der Lithium-Förderung im Erzgebirge, die Kooperation bei der Elektromobilität sowie der gemeinsame Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur.

Meine Damen und Herren, damals auf der Wiener Konferenz war es am Ende der slowakische Botschafter Peter Mišík, der die äußeren Bedrohungen offen ansprach und einen Gedanken äußerte, den ich gern zitieren möchte, weil er durchaus sinnstiftend für unsere heutige Konferenz ist: „Das Projekt eines geeinten Europas ist zum Synonym für Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit geworden, die für die selbstbewusste Mittelschicht die wichtigsten Komponenten sind. Der Mittelstand ist eine Säule, auf der die EU steht. Scheitert nur eine dieser Komponenten, droht das gesamte Projekt zu scheitern.“

Eineinhalb Jahre später ist die Rückkehr des Krieges nach Europa bittere Realität. Der Angriffskrieg Russlands gegen die freie Ukraine konfrontiert uns alle mit einer immensen Bedrohung. Die Folgen dieses europäischen „Zeitenbruchs“ für die Volkswirtschaften und Gesellschaften in Mitteleuropa sind für uns noch nicht gänzlich absehbar, wenngleich wir eine enorme Widerstandsfähigkeit und Innovationskraft erleben. Wir nehmen die Herausforderungen an! Klar ist nur, es gibt Auswirkungen auf unsere Ökonomien und damit auf unseren Wohlstand. Besonders die energieintensiven Sektoren geraten in dieser Zeitenwende unter Druck, in Deutschland, wo parallel eine rigide Energiewende betrieben wird, umso mehr.

Meine Damen und Herren, ökologische Nachhaltigkeit wird für jede moderne Wirtschaft im 21. Jahrhundert sehr wichtig sein. Gute Energiepolitik muss aber Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz vereinen, so sieht das auch die Europäische Kommission. Sie sollte nie Selbstzweck sein oder die eigene Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzen.

Unsere heutige Konferenz kann hier etwas Licht ins Dunkel bringen. Am Vormittag nehmen wir die aktuelle ökonomische sowie energiepolitische Lage in den Blick. Wie kann es in den Industrieländern Mitteleuropas energiepolitisch weitergehen, wenn die Energieversorgung nicht nur als Aspekt der Sicherheitspolitik gesehen wird, sondern parallel noch einer klimapolitischen Transformation unterliegt? Wie bleiben wir angesichts hoher

Energiepreise und strategischer Unwägbarkeiten als Wirtschaftsstandorte wettbewerbsfähig?

Am Nachmittag wenden wir uns den Bürgergesellschaften Mitteleuropas zu. Wie wirken sich diese Veränderungen auf die Bürgerinnen und Bürger in Mitteleuropa aus? Was machen die Preissteigerungen und die industrielle Transformation mit der Stabilität in den Gesellschaften und mit unseren Demokratien?

„Institutionen reichen für eine echte Demokratie nicht aus; es braucht Menschen, die an die Mission ihres Staates und ihrer Nation glauben, Menschen, die eine Idee vereint.“ Das waren die Sätze, mit denen Tomáš Masaryk seine berühmte Rede zum 10. Jubiläum der tschechoslowakischen Unabhängigkeit 1928 beendete.

Seine Worte sind zeitlos aktuell. Aus den seitherigen Erfahrungen würden wir heute sicherlich noch die ökonomische Prosperität hinzufügen, als Faktor der Stabilität demokratischer Staatsformen.

Leider wird diese wichtige Seite gern als profan abgetan. Schnell lautet dann die Frage: Wie kann man denn an den eigenen Wohlstand denken angesichts des Leids auf der Welt?

Ich kann da immer nur anmerken: Es ist eben nicht profan, wenn sich die Bürger in unseren Ländern Sorgen über ihren Lebensstandard machen, über den in einer gewaltigen Transformation von einer sozialistischen Planwirtschaft hin zu einer

sozialen Marktwirtschaft in 30 Jahren erarbeiteten kleinen Wohlstand. Das ist nun einmal die Lebensrealität vieler Menschen.

Verantwortliche Politik sieht darüber nicht hinweg oder schürt gar Ängste. Verantwortliche Politik findet vielmehr Lösungen, die beides berücksichtigen – das große Ganze und das vermeintlich Profane. Wie heißt es so schön: „Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern des Unmöglichen.“ Darum geht es gegenwärtig in Europa; um Realitäten, um Unvereinbarkeiten, um die großen strategischen Linien, aber eben auch um Interessen. Das alles muss unter einen Hut. Wir müssen Erreichtes erhalten und die notwendige Transformation gestalten, und zwar zum Wohle der Bürger, jedoch mit Wertgebundenheit als Richtschnur. Das ist unsere Aufgabe: Starke Marktwirtschaften, freie Bürgergesellschaften, ein friedliches und vereintes Europa! Der Auftrag könnte größer kaum sein.

Meine Damen und Herren, möge die heutige Konferenz uns hier gute Anregungen geben. Lassen wir uns dabei bitte von einem Appell leiten, den Jiří Gruša im Jahr 1991 bei seinem Antritt als tschechoslowakischer Botschafter in Bonn aussprach: „Mit Sachlichkeit bei Rückblicken, mit Offenheit für die Gegenwart, mit Vertrauen für und in die Zukunft.“<sup>2</sup>

Vielen Dank.

---

<sup>2</sup> Rede beim Antritt als Botschafter in der Residenz des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Januar 1991, in: Jiří Gruša: Reden und Gespräche. Essays IV, Klagenfurt 2018, S. 24.